



Auf Wachstumssuche

Eine neue Enquete-Kommission des Bundestags will dem Wirtschaftswachstum auf den Grund gehen und einen neuen Indikator entwickeln. Da ist man anderswo schon viel weiter. **Seite 2**



Warten auf die Abschiebung

Unter gefängnisähnlichen Umständen werden sogenannte Ausreisepflichtige bis zur Abschiebung festgehalten. Manche länger als ein Jahr. Ein Besuch im Abschiebeknast Ingelheim. **Seite 3**



Brechts Notizbücher

Expedition in einen Steinbruch!, sagt unser Rezensent Klaus Bellin. Er hat bislang unveröffentlichte Notizbücher von Bertolt Brecht gelesen, »ein Geröllfeld von Worten, Versen, Splittern, Notaten«. **Seite 15**

Standpunkt

Hohe Kosten

Von Haidy Damm

Den Organisatoren der Demonstration für eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft spielt die erneute Aufdeckung von verunreinigten Lebensmitteln in die Hände. Im Angesicht des Dioxin-Skandals werden sich wohl mehr Menschen entscheiden, ein Zeichen zu setzen gegen Massentierhaltung und industrielle Landwirtschaft. Denn das ist das eigentliche Anliegen des gesellschaftlich breiten Bündnisses. Und so sehr ihnen die Aufmerksamkeit auch nützt, genauso droht dieses grundsätzliche Anliegen angesichts von zeitweilig rund 1000 gesperrten Höfen in den Hintergrund zu geraten.

Hierzulande gehen viele Verbraucher noch immer davon aus, dass ökologisch erzeugte Produkte eine Sache für Reiche sind. Sicher, direkt an der Ladentheke ist der Unterschied spürbar. Zwei Argumente gehen dabei aber verloren. Zunächst ist die industrielle Landwirtschaft politisch gewollt und wird entsprechend mit Subventionen unterstützt. Gleichzeitig kosten auch die billig produzierten Lebensmittel weitaus mehr, als die Kunden direkt an der Kasse zahlen. Allein die BSE-Krise hat nach Angaben der EU-Kommission bis zu 20 Milliarden Euro gekostet. Der Weltagrarbericht hat 2008 festgestellt, dass unser Ernährungssystem eine der wichtigsten Ursachen für den Klimawandel, das Artensterben, Umweltvergiftung, Wasserknappheit, vermeidbare Krankheiten und Kinderarbeit ist. Würden diese Kosten mit eingerechnet, wäre klar: Dieses Modell ist nicht zukunftsfähig.

Unten links

Morgen wird heute gestern sein. Auch der **Schnee** von heute ist irgendwann der Schnee von gestern, und Karl-Theodor zu Guttenberg auch. Aber einen Wunsch will er sich vorher noch erfüllen. Einen Freiwilligendienst. Wenn Horst Seehofer im Jahr 2018 die Winterspiele in München eröffnet, wird Guttenberg Schnee auf den Olympiapisten schaufeln – nach einem »langen politischen Leben«, meinte er zu einem leichtgläubigen Journalisten. Doch viel eher handelt es sich wohl um die Vollendung eines viel zu langen politischen Lebens. Bis 2018 dürfte Guttenbergs These »In Afghanistan ist Krieg« soweit Allgemeingut geworden sein, dass die Bundeswehr wieder in eine Wehrpflichtarmee umgewandelt werden muss. »Freiwillig« wird ein Schimpfwort sein, nicht einmal für die Schneepistenpflege wird sich jemand finden. Das muss dann halt Guttenberg machen. Als letzte ISAF-Freiwilligeneinheit. Schippen üben kann er ja vorher auf einer Landepiste in Kundus. **uka**

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Tunesien zeigt sich reformfreudig

Übergangsregierung verfügt Ende der Pressezensur und Freilassung politischer Gefangener

Nach der Flucht von Präsident Zine el-Abidine Ben Ali hat der amtierende Ministerpräsident Mohammed Ghannouchi in Tunesien eine Regierung der nationalen Einheit unter seiner Führung gebildet.

Tunis (Agenturen/ND). Die tunesische Übergangsregierung unter der Beteiligung von drei Oppositionsführern soll Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vorbereiten, wie Ghannouchi am Montag mitteilte. Insgesamt gehören dem Interimskabinet 19 Minister an.

Ein Informationsministerium gibt es nicht mehr. Es war als Zensurinstanz für die Medien und Propagandamaschine in der Bevölkerung besonders verhasst. Neben Ghannouchi, der schon unter Ben Ali im Amt war, verbleiben fünf weitere Minister aus dem alten Kabinet auf ihren Posten, darunter die bisherigen Ressortchefs für Äußeres und Inneres.

Kurz vor seiner Flucht nach Saudi-Arabien hatte Ben Ali Ghannouchi noch mit der Bildung einer Übergangsregierung beauftragt. Von den am Wochenende geführten Verhandlungen ausgeschlossen waren die unter Ben Ali verbotenen Islamisten und Kommunisten. Nach der tunesischen Verfassung müssten Neuwahlen binnen zwei Monaten stattfinden. Oppositionsvertreter fordern aber eine Frist von sechs Monaten, um das Votum demokratisch zu gestalten.

Premier Ghannouchi kündigte eine Reihe von politischen Reformen an, so eine »vollständige« Pressefreiheit. Außerdem würden alle politischen Gefangenen freigelassen. »Wir haben entschieden, dass alle Menschen, die für ihre Ideen, ihre Überzeugungen oder für Äußerungen abweichender Meinungen inhaftiert waren, befreit werden«, sagte Ghannouchi auf einer Pressekonferenz.

Unterdessen forderten Demonstranten in mehreren Städten die Auflösung von Ben Alis Partei Konstitutionelle Demokratische Versammlung (RCD). »Die Revolution geht weiter«, skandierten Demonstranten in Tunis bei zwei Kundgebungen mit mehreren



Kopflöser Ex-Präsident Ben Ali

Foto: AFP/Martin Bureau

hundert Teilnehmern. Sie verlangten auch den Abgang des schon unter Ben Ali amtierenden Ministerpräsidenten Ghannouchi. Die Polizei löste die Kundgebungen mit Wasserwerfern und Tränengas auf. In den Straßen waren Schüsse zu hören, ein Armeehubschrauber überflog die Stadt. Auch in Sidi Bouzid und Regueb fanden Kundgebungen gegen die RCD statt.

Die EU sei bereit, »sofortige Unterstützung zur Vorbereitung und Organisation des Wahlprozesses zu geben«, sagte eine Sprecherin von EU-Außenministerin Catherine Ashton. Brüssel stellte Tunesien einen Ausbau der Beziehungen in Aussicht. Zudem berieten die Mit-

gliedstaaten über Sanktionen gegen Ben Ali und seine Vertrauten.

Der prominente tunesische Oppositionspolitiker Moncef Marzouki kündigte seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl an. Marzouki war bis 1994 Vorsitzender der tunesischen Menschenrechtsliga und gründete 2001 die linksgerichtete Oppositionspartei Kongress für die Republik (CPR), die unter Ben Ali verboten war.

Das französische Konsulat in Tunis hat Angaben über den Tod eines deutsch-französischen Fotografen berichtet. Demnach ist Lucas Mbrouk Dolega noch am Leben. Er befindet sich in einem »kritischen Zustand«, hieß es. Zuvor

hatten das Konsulat und der Arbeitgeber des 32-Jährigen, die europäische pressphoto agency (epa), den Tod des Reporters gemeldet.

Wie das Auswärtige Amt mitteilte, wurden in den vergangenen Tagen mehr als 6000 deutsche Urlauber zurückgebracht.

Die LINKE im Bundestag kritisierte die »Doppelzüngigkeit deutscher Außenpolitik«. Jahrzehntlang habe die Bundesregierung bei Menschenrechtsverletzungen in Tunesien weggeschaut, »weil der Diktator ein verlässlicher Partner in der Terrorbekämpfung und der Flüchtlingsabwehr war«, so der Abgeordnete Jan van Aken.

Kommentar Seite 4

Demonstration für Agrar-Systemwechsel

Dioxin-Skandal stärkt Anliegen bäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft

Von Haidy Damm

Über 120 Organisationen haben anlässlich der bevorstehenden Grünen Woche eine Abkehr von der industriellen Landwirtschaft gefordert. Unter dem Motto »Wir haben es satt!« ruft ein Bündnis aus Bauern, Tierschützern, Umweltverbänden und Lebensmittelunternehmen zu einer Demonstration am Samstag in Berlin auf.

Während sich Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) und Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) in ihrem Streit um fehlende Informationen und nach einigen Telefonaten – unter anderem mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) – auf die Formel »Kommunikationspanne« geeinigt haben, sind sich die Organisatoren der Demonstration für gesundes Essen ohne Gentechnik, aus artgerechter Tierhaltung und fairem Handel einig:

»Der Dioxin-Skandal ist nur die Spitze des Eisberges. Das System industrielle Landwirtschaft ist ein Auslaufmodell«, heißt es in dem Aufruf. »Wir brauchen einen Systemwechsel«, sagte Felix Prinz zu Löwenstein vom Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft gestern auf einer Pressekonferenz in Berlin. Die Organisatoren erwarten am Samstag mindestens 5000 Menschen. Mittlerweile hätten sich 60 Busse und 50 Traktoren aus dem ganzen Bundesgebiet angemeldet, so Jochen Fritz vom Organisationsteam.

Die Organisatoren wollen einen Wechsel zu einer bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft und fordern von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, »dass die Bundesregierung die geplante vorsichtige Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik nicht weiter blockiert«. Die in den vergangenen Jahren betriebene Politik zugun-

sten der industriellen Landwirtschaft müsse beendet werden, so Agrarexpertin Reinhild Benning vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Dafür sei auch eine Umverteilung der Subventionen notwendig. Die derzeitige Agrarpolitik zerstöre die Umwelt, die Artenvielfalt und die regionalen Märkte. Konkret fordert das Bündnis neben dem Ausstieg aus der Gentechnik den Stopp der Subventionen für industrielle Tierhaltung, eine bessere Kennzeichnung von Fleisch und ein Ende der »Dumping-Exporte in Entwicklungsländer«.

Zu den Unterstützern gehören auch Erwerbslosennetzwerke. Das Bündnis »Krach schlagen statt Kohldampf schieben« fordert mindestens 80 Euro mehr bei Hartz IV für Lebensmittel. Die Erwerbslosen wollten sich »nicht länger als Schmiermittel für einen Billigproduktmarkt missbrauchen lassen«.

Unterdessen berichten die Tafeln für bedürftige Menschen, dass seit dem Dioxin-Skandal wesentlich mehr Lebensmittel gespendet werden, besonders »mehr Eier und abgepackte Wurstwaren«, sagte die Vorsitzende des niedersächsischen Landesverbandes, Edeltraut Graeber. Die Spenden seien dem menschlichen Ermessen nach bedenkenlos, der Verband stehe aber in Kontakt mit den Kontrollbehörden.

Auch die LINKE unterstützt die Demonstration. Die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kirsten Tackmann, begrüßte die »erforderliche Debatte über die Zukunft der Landwirtschaft«.

Ministerpräsident McAllister hat indes nach drei Wochen das Thema Dioxin zur Chefsache erkoren. Gestern traf er sich in der Staatskanzlei in Hannover mit Ministern und Staatssekretären, um weitere Schritte zu erläutern.

Barak spaltet israelische Arbeitspartei

Verteidigungsminister gründet neue Bewegung

Jerusalem (Agenturen/ND). Der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak hat sich mit der Spaltung der von ihm geführten Arbeitspartei den Verbleib in der rechtskonservativen Regierung von Benjamin Netanjahu gesichert. Der Minister gab am Montag die Gründung einer neuen Partei namens Hatzmahut (Unabhängigkeit) bekannt. Seinen Schritt begründete Barak mit dem zunehmenden »Linksdrall« der Arbeitspartei.

Barak sagte im Parlament, vor der eigentlichen Parteigründung werde es eine eigene Parlamentsfraktion und eine Bewegung geben. Diese werde dann in eine »zionistische und demokratische Partei der Mitte in der Tradition von Ben Gurion«, dem Gründer des Staates Israel, münden.

In Kommentaren hieß es, durch Baraks Manöver könne Netanjahu, der davon gewusst habe, nun auf eine zwar kleinere, dafür aber stabilere Mehrheit von insgesamt 66 Abgeordneten zählen. Die Arbeitspartei stellte bisher 13 der 120 Abgeordneten im Parlament.

Drei der insgesamt fünf Minister der Arbeitspartei kündigten nach Baraks Vorstoß ihren Austritt aus der Regierung an. Oppositionschefin Tzipi Livni von der Kadima-Partei forderte im Zusammenhang mit den Ministerrücktritten vorgezogene Neuwahlen zum Parlament. Die Regierung verdanke ihr Überleben nur noch »üblichen politischen Manövern«.

Seite 7

Kurz

Branchentarifvertrag

Berlin (dpa). Bei den Schlichtungsverhandlungen über einen Branchentarifvertrag für den regionalen Schienenverkehr wurde Einigung erzielt. Die Lohnkosten sollen bei künftigen Ausschreibungen regionaler Schienennetze kein ausschlaggebender Faktor mehr sein. Das Einkommensniveau der Deutschen Bahn ist nun maßgeblich auch für die anderen Unternehmen. **Seiten 4 und 9**

Schröder-Köpf im Rat

Essen (dpa). Doris Schröder-Köpf ist zur Aufsichtsrätin der Karstadt-Warenhauskette bestellt worden. Die Frau von Ex-Kanzler Gerhard Schröder habe einen frei werdenden Aufsichtsratsposten übernommen, so das Unternehmen.

17 000 Selbstmorde

Delhi (AFP). In Indien haben sich nach der schlimmsten Trockenheit seit Jahrzehnten mehr als 17 000 Bauern das Leben genommen.

Schweden: Wolfsjagd

Stockholm (dpa). Schwedische Jäger haben zum Auftakt der ungestörten Wolfsjagd in dem Land an einem einzigen Wochenende 15 von insgesamt 20 zum Abschuss freigegebenen Tieren getötet. Im Bezirk Dalarna hatten Tierschützer das Aufspüren von Wolfsrudeln durch das Zünden von Feuerwerkskörpern gestört.